

Saxosdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Herausgeber-Sammelnummer: 25941
Preis für Nachdruckpreise: Dr. 20011
Schriftsetzung u. Haftungsbehälter:
Dresden - R. 1, Marienstraße 38/42

Berichtszeitraum vom 1. bis 15. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Auflistung ist 1.700 Tgl.
Buchdruckerei für Monat Februar 3,40 Tgl. einschließlich Verkaufsgebühr.
Sammelnummer 10 Tgl. Auslieferung: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einzelnen 50 mm breite Zeile 30 Tgl., für mehr als 40 Tgl. Sammelanzeige und Stellenanzeige ohne Radatz 15 Tgl., außerhalb 25 Tgl., die 90 mm breite Schlagzeile 200 Tgl., außerhalb 250 Tgl.
Offenlegungszeit 30 Tgl. Außwärtige Auflösung gegen Vorababrechnung

Druck u. Verlag: Meyrich & Reichardt,
Dresden, Postfach 210, 1068 Dresden
Rückdruck nur mit deutscher Ausstellungspausa
(Dresden, Sachsen) ausdrücklich. Außwärtige
Gebühren werden nicht aufgewertet

Das Tributabkommen vor dem Reichstag

Curtius verteidigt den Youngplan

Der offizielle Alt

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Febr. Das Neuherrn und Innere des Reichstags bot heute das übliche Bild eines "großen Tages". Tribüne und Plenum waren voll besetzt und in der Diplomatenloge saß man neben unseren einstigen Alliierten — den österreichischen Gesandten Dr. Frank und den türkischen Botschafter Kemaladdin Pascha — auch die Alliierten von der anderen Seite. Die Fraktionsführersprechung über das Finanzprogramm, die um 10 Uhr begonnen hatte, war kurz vor 12 Uhr zu Ende, und so fand sich auch auf der Regierungsbank eine nahezu lückenlose Reihe. Punkt 12 Uhr eröffnete der Präsident Löbe die Sitzung und das Haus nebst stehend des jüngst verstorbenen sozialdemokratischen Abg. Dr. Levi, auf dessen Platz eine Rose mit einem großen weißen Friedensstrauß stand. Nach den üblichen Verlesungen ergriff sofort das Wort

Reichsaufsehminister Dr. Curtius,

um den Youngplan einzubringen. Der Außenminister hielt nicht eigentlich eine Rede. Er las aus einem dicken Manuskript fünfzig Minuten lang mit monotoner Stimme einen Kollegen vor. Von der in der Weltmeitrate angenommenen "Offensive für den Youngplan" war also nicht viel zu bemerken. Die Trockenheit des Stoffes verhinderte, abgesehen von hin und wieder das Haus durchlöchern, jede aufregende Opposition.

Neues vermochte Dr. Curtius nicht vorzubringen.

Er behandelte den Stoff so, wie er ihn in den letzten Wochen oft Tag für Tag — sei es vor den Fraktionsführern, sei es vor seiner eigenen Fraktion oder vor der Presse vorgetragen hat. Auch hinsichtlich des Polenabkommen waren seinerzeit neue Momente zu verzeichnen. So hatte die Reichstagssitzung den Charakter eines sehr nüchternen und unbedeutenden offiziellen Aktes.

So nahm es nicht wunder, daß sich im Plenum, als Dr. Curtius geschlossen hatte, kaum eine Hand zum Beifall erhob. Nach einem Versuch des deutschnationalen Abgeordneten Schulz-Bromberg, eine Verlängerung der Beratung herbei zu führen, da das Material dem Hause erst verspätet zugeleitet

worden ist, ergriß dann für die Sozialdemokratie das Wort der Abg. Dr. Breitscheid. Aber auch von ihm erwartete man im Reichstag keinerlei neue Erleuchtungen. Alles wartet vielmehr auf den Augenblick, wo als zweiter Diskussionsredner der deutschnationalen Parteiführer und Abgeordnete Geheimrat Hugo Bergner, der Initiator des großen Kampfes gegen den Youngplan, erstmals im Reichskabinett reden wird.

Zum ersten Male seit zehn Jahren betritt Geheimrat Hugo Bergner wieder die Parlamentstribüne. Er, der der Linken am meisten gehasst ist, wird mit einer Flut von Schmähungen begrüßt. Als Hugo Bergner vom Auftauchbruch der Fragen spricht, ruft ihm der sozialdemokratische Parteiführer Wels zu:

"Daran haben Sie ja schön verdient . . ."

Der sozialdemokratische Reichstagspräsident überhört diesen Zwischenruf und weiß dafür den nationalsozialistischen Abg. Goebbels, der auf diesen groben Zopf einen groben Keil setzte, aus dem Saal. Da ist der Empfang im Saale kein Halt mehr. Die Glorie des Präsidenten geht unter im Toten der sich mit Zwischenrufen überschüttenenden Rechten und Linken, und endlich muß Herr Löbe sich dazu bequemen, seinem Parteigenossen Wels wenigstens einen Ordnungsumzug zu erteilen.

Man sieht es dem Redner an, mit welcher inneren Bewegung er vor die Öffentlichkeit des Reichstags tritt, und so vermag er sehr bald die Linke davon zu überzeugen, daß es mit den üblichen Gemeinplänen von Zwischenrufen doch nicht geht. Awar verflucht man immer von neuem, gegen ihn aufzurufen, aber

allmählich verstummt die Opposition, und der Redner kann ohne dauernde Unterbrechungen weiterreden. Es ist nicht ohne Wirkung, daß er z. B. den Reichsanwalt Müller an seine Rede erinnert, die dieser seinerzeit gegen den Versailler Vertrag gehalten hat, und die Rede mit den heutigen Ausführungen des Abg. Dr. Breitscheid vergleicht.

Die Linke hat immer verflucht, aus dem deutschnationalen Parteiführer so etwas wie einen Vopan zu machen.

Heute steht der Mann auf der Reichstagatribüne und man bemerkt, daß bis ins Zentrum hinein seinen Worten nicht ohne Nachdenklichkeit zugehört wird.

Zumult bei Hugenbergs Auftreten

Der Sitzungsbericht

Berlin, 11. Febr. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehörsigen Nachruf auf den jüngst verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Levi.

Auf der Tagesordnung stehen die fünf mit dem Youngplan zusammenhängenden Vorlagen: Der Gesetzesvorschlag über die haager Verhandlungen, das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen, das Reichsbankgesetz, das Reichsbahngesetz, das Liquidationsgesetz.

Die Beratung wird eingeleitet durch Ausführungen des

Reichsaufsehministers Dr. Curtius

Er führt aus: Die Reichsregierung legt Ihnen in fünf Gesetzesvorlagen das politische und finanzielle Ergebnis der großen internationalen Verhandlungen der letzten Monate vor. Sie bitten um baldige Abstimmung der Vorlagen. Den Gesetzesvorschlägen sind Veränderungen und Denkschriften beigelegt, die das

umfangreiche, schwer zu überblickende Vertragswerk erläutern. Ich nehme auf diese Erläuterungen Bezug. Das Schwergewicht weiterer Ausklärung wird in den Ausschüssen liegen. Ich begrüße den Vorschlag des Vertretungsausschusses, den Auswärtigen Ausschuss und den Haushaltungsausschuss zur Beratung sämtlicher Vorlagen zu vereinigen. Dort werden alle beteiligten Reichsminister und ihre Beamten weitere Auskunft ertheilen. Ich sehe meine heutige Aufgabe darin, unter Berichtigung von Einzelheiten der großen Fragen die Politik zu entkräften, die zu den Haager Vereinbarungen geführt hat und die Gründe darzulegen, warum die Reichsregierung die Annahme des neuen Planes für notwendig hält. Die Reichsregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 8. Juli 1928 an der Spitze ihres Programms

Befreiung der noch besetzten Gebiete, befriedigende Regelung der Saarfrage und endgültige Regelung der Reparationsfrage

In Aussicht genommen. Am Ende eines anderthalbjährigen Ringens um die Lösung der beiden Hauptfragen steht der feste Räumungstermin vom 30. Juni und ein neuer Reparationsplan, der eine erhebliche Lastenerleichterung

bringt und wesentliche Verbesserungen der politischen und finanziellen Lage mit sich bringt.

Verhandlungen über die Saarfrage

finden mit der französischen Regierung im August 1929 vereinbart worden. Es wäre sehr erwünscht gewesen, auch diese Frage mit den anderen zusammen abzuhandeln, um endgültigen Erledigung zu bringen. Aber der Beginn der Verhandlungen hat sich wegen der Neubildung der französischen Regierung bis Ende November verzögert. Bei der politischen, wirtschaftlichen und völkerrechtlichen Komplexiertheit der Aufgabe ließen sich die Verhandlungen auch nicht in kurzen Terminen durchführen. Es läge nicht im deutschen Interesse, diesem Umstand keine Rechnung zu tragen. Wir führen die Verhandlungen aber mit dem selbstverständlichen Ziel, so bald wie möglich die

restlose Rückgliederung

des Saargebietes in die deutsche Souveränität zu erreichen. Ich habe nach dem augenblicklichen Stand der Dinge keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß sie auch von der Gegenseite mit dem positiven Willen zu baldmöglichstem Abschluß geführt werden.

Minister Dr. Curtius gibt nun einen Rücksicht über den Ablauf der Verhandlungen über die Lösung der Räumungs- und Reparationsfrage.

Im Vordergrund der deutschen Außenpolitik stand seit Jahren die Räumungsfrage. Rücksicht auf materiellen und seelischen Druck der Bevölkerung des besetzten Gebietes, rechtliche und moralische Ansprüche aus den Verträgen und der ganzen westpolitischen Lage, Unvereinbarkeit fremder Militärrhöft mit Deutschlands Stellung als Völkerbundsmacht, schließlich Hemmung der Verständigungs- und der Sicherung eines europäischen Friedens durch fortwährende Belastung deutschen Gebietes waren die zwingenden Gründe, aus denen heraus die deutsche Außenpolitik alles daran setzte, möglichst bald die Räumung des noch besetzten Gebietes zu erreichen. Die gegenwärtige Reichsregierung hat schon zwei Monate nach der Regierungserklärung gelegentlich der Tagung des

Anspruch auf Räumung bei den Vertretern der Bevölkerungsmächte förmlich anhängig gemacht.

Durch Beschluss der beteiligten Mächte vom 18. September 1928 wurden Verhandlungen darüber, wie über den Bunt der französischen Regierung nach Einführung einer Feststellungs- und Versöhnungskommission geführt.

Die Neuordnung des Dawesplans anderseits wurde in Deutschland in den vergangenen Jahren,

je höher die Belastung wurde, je klarer man die Unzulänglichkeit des Planes und die sich aus ihm ergebende Unsicherheit erkannte, und je stärker sich der Druck seiner politischen Fesseln fühlbar machte, um so dringender gefordert. Dieses deutsche Interesse begegnete sich mit der Auffassung des Generalagenten für Reparationszahlungen, der in seinem Halbjahresbericht vom Dezember 1927 auf die Notwendigkeit hinwies, sobald als möglich ein endgültiges umfassendes Abkommen über die Reparationsfrage zu schließen und Deutschland die eigene Verantwortung für Vergangen und Tilgung einer festen Schuldsumme zu überlassen, wie dies schon die Dawesplan-Sachverständigen am Schlusse ihres Berichtes ins Auge gesetzt hatten.

Die Anregung des Generalagenten fiel auch bei den Gläubigermächten auf fruchtbaren Boden. So wurde am 18. September 1928 von den beteiligten Regierungen auch der Beschluss gefasst, einen Sachverständigenausschuß zu berufen und ihm die Aufgabe der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine vollständige und endgültige Lösung der Reparationsfrage zu übertragen.

In der Parallelität der beiden Declsse über Räumungen und Reparationen lagen für die deutsche Regierung Gelegenheiten,

die nicht zu erkennen waren. Es erwuchs die Sorge, die Parallelität könnte dazu führen, daß Deutschland besondere finanzielle Opfer für die Räumung zugemutet würden, Opfer, die wie trotz der überragenden Bedeutung der Räumung in Übereinstimmung mit dem oft befürdeten Willen der rheinischen Bevölkerung hätten ablaufen müssen.

Die Reichsregierung ist dieses Risiko eingegangen, um nicht beide Gelegenheiten zu verpassen und die Lösung beider Fragen ins Ungewisse entwinden zu sehen. In der Tat traten die Räumungsverhandlungen zunächst zurück. Die Vorbereitungen der Sachverständigenkonferenz, die selbige und die Entscheidung über den Youngplanbericht konzentrierten die ganze Energie der beteiligten Regierungen auf das Reparationsproblem. Als in den diplomatischen Verhandlungen vor der ersten Haager Konferenz und auf dieser selbst gewisse Tendenzen sich geltend zu machen schienen, zuerst nur über den Youngplan zu verhandeln und erst nach seiner Annahme die Räumungsverhandlungen zu beginnen, befand die deutsche Regierung auf Gleichzeitigkeit der Verhandlungen und lehnte diese auch durch.

Im engsten Zusammenwirken mit dem Minister für die besetzten Gebiete hat Dr. Stresemann auf der Haager Augustkonferenz seine letzte Kraft daran gesetzt, die Räumungsfrage zu lösen. Es gelang ihm, die Verbindung mit der Reparationsfrage in die Form zu bringen, daß für den Fall der Annahme des Youngplans und seiner Ingangsetzung ein fester Räumungstermin eingeschert wurde.

Auch konnten reparationspolitische Opfer neben der Tragung eines Teils der Belastungskosten und Belastungsschäden vermieden werden. Besondere Benutzung bereitete es Dr. Stresemann, daß das Ziel der Befreiung des besetzten Gebietes erreicht werden konnte, ohne daß es zur Errichtung eines Kontrollorgans oder eines anderen Sonderorgans mit neuen Befugnissen gegenüber dem Rheinland gekommen wäre. (Unruhe und Lachen rechts.)

Die Vereinbarungen vom 30. August hierüber beschränken sich darauf, die Befreiung des in den Schlussabkommen von Locarno vorgenommenen deutsch-belgischen und deutsch-französischen Vergleichskommission für diejenigen Streitfälle festzustellen, die etwa aus den Bestimmungen über die entmilitarisierte Zone entstehen.

Dabei haben die Ausgleichskommissionen keinerlei andere Befugnisse als sie in den Locarno-Verträgen und ebenso in allen anderen Friedensverträgen für das Vergleichsverfahren vorgelebt sind.

Wenn die vorzeitige Räumung heute bedauerlich oft als nebenstehliches Ergebnis der Haager Konferenzen behandelt wird, — die Bevölkerung des noch besetzten Gebietes denkt darüber ganz anders. (Schr. moh! im Zentrum.) Mit ihr fühlen alle verantwortlichen Politiker, daß der Tag der endgültigen Räumung ein denkwürdiger Augenblick ist, in dem schwere Verstärkungen und Sorgen vergangener Jahre ausgelöscht werden.

Das Werk Stresemanns ist auf der zweiten Haager Konferenz fortgesetzt worden. Hier haben wir entsprechend den Grundgedanken des Youngplans selbst Vereinbarungen getroffen, die das sogenannte Sanktionsystem des Versailler Vertrags befehligen.

Der Begriff der Sanktionen ist für uns Deutsche kein normaler Rechtsbegriff. Es ist die mit unseren kollektiven Erfahrungen verbundene Bezeichnung jener Bestimmungen des Friedensvertrages, deren wesentliche Merkmale darin bestanden, daß die Reparationskommission, das einseitige Organ der Gläubigermächte, sogenannte Verfehlungen Deutschlands feststellen könnte und daß sich aus dieser Feststellung ohne weiteres mehr oder weniger genau bestimmte Befugnisse der Gläubigermächte ergeben, die Deutschland im voraus als Vertragsrechte hätte anerkennen müssen und nicht als feindliche Handlungen ansehen durfte.

Es waren Strafmaßnahmen, wie sie nur der Sieger dem Besiegten auferlegen konnte.

Nach der neuen Regelung besteht die Garantie der Gläubigermächte in der von Deutschland unter eigener Verantwortung übernommenen seelischen Verpflichtung, die festgesetzten Annuitäten gemäß den Bestimmungen des Planes zu zahlen. Die Befugnisse der Gläubigermächte gegenüber

Deutschland begrenzen sich nach den Bestimmungen dieses Planes. Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten bei der Ausführung werden durch die in ihm selbst vorgesehenen Organe und Verfahrensarten, also das Schiedsgericht und den beratenden Sonderausschuss, beendet.

Die Beziehungen zwischen der Republik und Deutschland hören auf.

Die Republik hat hinsichtlich Deutschlands überhaupt keine Funktionen mehr auszuüben. Die Festlegung dieses neuen Sohnes findet ihren Abschluss in bevorstehenden Erklärungen, die zwischen Deutschland und den Hauptgläubigermächten ausgehandelt worden sind. Diese Erklärungen behandeln in ihrem zweiten Teil den Fall, daß in Zukunft einmal eine deutsche Regierung den Plan absichtlich erreichbar hätte. Ganz gewiß kann es auf den ersten Blick erscheinen, daß zwei Vertragspartner sich in einem Staatsvertrag in dieser Weise über einen solchen Fall auseinandersehen, und es hat denn auch an Bedeutungen dieses Teils der Haager Ergebnisse nicht gehebt. Aber die Kritik vergibt hierbei den Hauptpunkt, auf den es ankommt.

Die ganzen Haager Vereinbarungen haben den Zweck, die früheren Vereinbarungen über die Reparationen zu erneuen.

Ta diese früheren Vereinbarungen nun einmal die sogenannten Sanktionsordnungen gegen Deutschland enthalten, biebt, wenn man diese Fragen von Grund aus befreien wollte, nichts anderes übrig, als auch zu dem äußeren Fall einer absichtlichen Anerkennung des Planes, den Deutschland bestehen zu nehmen, so schwierig das auch war. Die hierauf bezahlten Erklärungen stellen fest, daß die Gläubigerregierungen selbst im äußersten Fall nicht das Recht haben, auf Grund einer einseitigen Annahme und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen. Glaubt eine der Hauptgläubigermächte, behauptet zu dürfen, daß Deutschland den neuen Plan zerrissen habe, so muß sie vor irgendeinem weiteren Schritte die höchste internationale Justiz der Welt anrufen, um eine richterliche Entscheidung herbeizuführen.

Für den Fall einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung

wird die Rechtsfolge dahin festgestellt, daß die flaggenden Gläubigerregierungen das Recht voller Handlungsfreiheit wiederergewinnen, daß sie also, nachdem Deutschland die Handlungsfreiheit eigenmächtig für sich in Anspruch genommen hat, auch ihrerseits berechtigt sind, sich nicht mehr an die im Neuen Plan vorgesehenen besonderen Verfahrensarten für gebunden zu machen. (Unruhe rechts; Rufe: Lieber Gott! Ach Herrisch!) So heißt die Feststellung einer solchen völkerrechtlichen Selbstverständlichkeit kein mag, so hat die deutsche Delegation den Austausch der Erklärungen nach jüngstiger Überlegung doch für notwendig gehalten, um keine Unklarheit bestehen zu lassen. Indem ich wegen der auftauchenden Einzelfragen auf die amtliche Deutlichkeit verweise, möchte ich doch hier als Ergebnis noch einmal feststellen, daß

das bestallte Sanktionsystem einschließlich seines Artikels 430 bestätigt und daß Deutschland künftig in allen praktisch überhaupt denkbaren Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt ist.

Die Verhandlungen über die Endlösung der Reparationsfrage waren weit schwieriger als die eintönigen politischen Verhandlungen. Wir können vier Phasen der Entwicklung unterscheiden. Nach mehrmonatigen diplomatischen Vorbereitungen trat der im September 1928 in Genf in Aussicht genommene Sachverständigenausschuß im Februar 1929 in Paris zusammen. Seine Beratungen zogen sich vier Monate hin. Die deutschen Sachverständigen haben mit großer Energie für eine möglichst weitgehende Herabsetzung der Reparationslasten gekämpft. Sie haben sich schließlich mit dem Vermittlungsvorstand des amerikanischen Vorsitzenden Young einverstanden erklärt.

Der Minister behandelt dann die bei den Haager Verhandlungen über den Youngplan gemachten Zugeständnisse. Eine Mehrbelastung Deutschlands sei nicht eingetragen. Ein breiter Raum nehmen seine Ausführungen über das Liquidationsabkommen ein. Die Sonderverhandlungen über die Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums und die Herausgabe von Überschüssen hätten zum Teil zu gutem, zum anderen zu geringeren Ergebnissen geführt. In England unterliege die Freigabe leider schon Ausnahmen. Dem Bedauern, daß der Reichsrat namentlich wegen der Haltung Englands ausgesprochen habe, könne er sich nur anschließen. Er schließt sich aber weiter auch der Auffassung an, daß in der Verweigerung der Ratsregierung kein Vorteil liege. Der Inhalt und Zweck des Polenabkommen, fährt der Minister fort, sind in der deutschen Öffentlichkeit vielfach in geradezu unbedeutschem Maße geschildert worden.

Es sind Vorwürfe erhoben, Schlagworte geprägt und Schlusfolgerungen gezogen worden, die mit dem wahren Sachverhalt nicht das geringste zu tun haben.

Die Ratsregierung jedenfalls glaubt, daß wir durch dieses Abkommen einen Schritt weiter gekommen sind.

Der Minister befürchtet dann die zweite Haager Konferenz. Es sei gelungen, bei der Regelung der offengebliebenen Fragen Deutschland vor weiteren Belastungen

zu bewahren. Die Ratsregierung sei sich der Schwere der Last, die auf zwei Generationen gelegt wird, voll bewußt.

Niemand vermöge heute eine schere Voranlage für eine so lange Zukunft über die Entwicklung des Wirtschaftslebens zu machen.

Für die Entscheidung über den Neuen Plan sei einzig und allein maßgebend die Beantwortung der Frage, ob Besseres zu erreichen war und ob das Erreichte einen Fortschritt bedeutet. Wird diese Frage im Sinne der Stellungnahme der Ratsregierung beantwortet, so müsse sich damit der letzte Entschluß verbinden, mit allen Kräften in ehrlichen Vermehrungen die Zahlungspflichtungen zu erfüllen.

Die durchschnittliche Jahreslast sei gegenüber dem Darmestadtplan um fast 500 Millionen niedriger. Alles in allem enthalte der Youngplan bessere Garantien für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Wirtschaft, als der Darmestadtplan. Hingegen kommt, daß alle Länder, Kontrollen und ausländische Befreiungskräfte fortfallen. Schließlich trete Deutschland in einer völlig veränderten politischen Lage den neuen Reparationsweg an. Es werde von fremder Belastung frei, befreit auch von der Willkür des Verfallter Sanktionsystems. Der Neue Plan beruhe auf dem Grundgedanken des gemeinsamen Interesses aller beteiligten Länder und erforderne daher die Zusammenarbeit aller dieser Länder.

Der Minister erklärt zum Schluß, daß ihm nichts fernere Liege als Schönfärberei, als eine Verleugnung der Tragweite und Verantwortung der zu treffenden Entscheidung.

Niemand denkt daran, sich hier eines großen deutschen Erfolges zu rühmen.

Die Bedenken würden aber doch von den Vorteilen der neuen Regelung übertragen. Die Ratsregierung habe deshalb die

Frage, ob das Interesse unseres Landes die Annahme der Verträge erfordert, mit einem ehrlichen Ja beantwortet. Sie erwarte zuverlässig, daß sich der Reichstag zu der gleichen Antwort entschließe.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.)

als erster Diskussionsredner, ergreift das Wort. Kein vernünftiger Mensch werde leugnen können, so erklärt er, daß es in den letzten zehn Jahren vorwärts und aufwärts gegangen ist und daß wir eingerückt sind in die Linie der politischen Gleichberechtigung. Die einzelnen Fortschritte seien geschmäht und beschimpft worden.

Dr. Hugenberg (D.N.).

mit lauten, hämischen Rufen der Kommunisten empfangen, erinnert daran, daß er in seiner letzten Reichstagsrede vor dem drohenden Rückenbruch gewarnt habe, der dann auch Wirklichkeit geworden sei. Es entsteht Unruhe im Hause. Laute Schläge werden ausgestoßen. Von der Rechten wird gerufen:

„Wer war es, der ist ja besessen?“

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) wird wegen dieses Zwischenrufes aus dem Saal gewiesen. Große Unruhe im ganzen Hause. Wels (Soz.) erhält einen Ordnungsruf. Von der Rechten wird stürmisch die Ausschließung des Abg. Wels verlangt. Von den Kommunisten erhoben Pläne. Im ganzen Hause herrscht große Unruhe. Präsident Löde weist schließlich auch den Abg. Straßer (Nat.-Soz.) wegen verschiedener Zuwürfe aus dem Saal. Abg. Görl (D.N.) erhält einen Ordnungsruf. Von der Rechten wird gerufen: „Schamlos ist das!“ Erst allmählich legt sich die Unruhe.

Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.

Sächsischer Landtag

26. Sitzung

Dresden, den 11. Februar 1930

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Wedel (Soz.) werden die

Abstimmungen

vorgenommen, die am vorigen Dienstag ausgesetzt worden waren.

Mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten wird beschlossen, die Regierung zu ernehen, den notleidenden Gemeinden sofort Mittel zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Ferner wird mit denselben Stimmen beschlossen, die Regierung zu ernehen, den Gemeinden und Bezirksverbänden 4 Millionen Mark zwecks Behebung dringender Notstände möglichst noch im laufenden Reparationsjahr 1929/30 zur Verfügung zu stellen.

Die Bewilligung erfolgt, trotzdem der Finanzminister in der letzten Sitzung darauf hingewiesen hatte, daß kein Geld vorhanden sei.

Endlich wird mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Neuerung zu beauftragen, jede Überprüfung von Kommunalbetrieben an Privatunternehmer zu unterlassen.

Minderheits- und Ergänzungsanträge werden abgelehnt.

Abg. Herrmann (Soz.) behandelt eine Anfrage seiner Partei zur

Stilllegung der Schachtanlage Kaiser-Grube in Lugau

Ministerialdirektor Dr. Kittel antwortet im Namen der Regierung hierauf u. a. folgendes:

Die Gewerkschaft Gottes Segen hat schon im Frühjahr 1929 beschlossen, den Betrieb der Abteilung Kaisergrube im Laufe des Jahres 1930 einzustellen. Maßgebend dafür waren die Tatsachen, daß diese Abteilung von sehr schlechte Ergebnisse erzielt hat und daß auch in Zukunft von dem Abbau in ihrem Felde nach den neueren ungünstigen Aufschlüssen kein Gewinn mehr zu erwarten ist. Auf die Belegschaft wird sich die Stilllegung wie folgt auswirken: Insgeamt sind bei den Kaisergrubenschächten, einschließlich der dazugehörigen, aber auch solchen aus anderen Abteilungen verarbeitenden Werke, 670 Arbeiter angelegt. Hiervon werden die 55 Arbeiter in der Wasche weiter beschäftigt werden.

Bon den übrigen 615 Mann werden 115 Mann durch Vermehrung der Belegschaft der anderen Betriebsabteilungen Arbeit finden. Zu entlassen sind daher 500 Arbeiter. Entlassen werden sollen 300 ausländische Arbeiter und 118 Arbeiter aus anderen deutschen Revieren, die früher wegen Arbeitsmangel hier angelegt worden sind und größtentheils hier noch nicht einmal eigene Wohnung haben finden können. Soweit diese Arbeiter in anderen Betriebsstellen

arbeiten, sollen die einheimischen Arbeiter der Kaisergrube an ihre Stelle treten. Es müssen daher von einheimischen Arbeitern nur 87 Mann ihre Tätigkeit aufgeben. Das werden zum größten Teil solche sein, die bereits Anspruch auf Knappelsackpension beanspruchen. Die wenigen Arbeiter, bei denen das nicht der Fall sein sollte, werden in anderen sächsischen Steinkohlenbergwerken, bei denen die Einstellung von Schachtanlagen nicht in Frage kommt, dadurch Beschäftigung finden können, daß diese Werke einige ihrer ausländischen Arbeiter entlassen. Die 21 bei der Kaisergrube beschäftigten Angestellten werden auch in den anderen Betriebsabteilungen teils auf gut Zeit unbeklebt Stellen, teils im Auslauf gegen ältere Angestellte mit Anspruch auf Knappelsackpension weiter beschäftigt werden können.

Es folgt die erste Beratung der Auseinandersetzung zwischen Sachsen und dem Reiche über die

Eigentumsverhältnisse an den ehemaligen sächsischen Heeresgrundstücken.

Die betreffende Vorlage ist in unserem Blatte schon ausführlich besprochen worden. Mit ihr sollen diese Eigentumsverhältnisse einer endgültigen Lösung entgegengesetzt werden. Es haben langjährige, sehr schwierige Verhandlungen stattgefunden.

Finanzminister Weber

gibt die Begründung der Vorlage. Nach dem Gesetz vom 25. Mai 1873 habe das Reich die in sein Eigentum übergegangenen Militärgrundstücke dann entzogen und losgelöst an das Land zurückzugeben, wenn sie für die Zwecke der Reichsmilitärverwaltung entbehrlich oder unbrauchbar geworden seien und ein Ertrag nicht nothwendig sei. Nachdem bei einem erheblichen Teile dieser Grundstücke deren eigentliche Zweckbestimmung weggefallen war, hätten die Länder ihren

Heimstattsanspruch geltend gemacht.

Da sich jedoch das Reich im Verhandlungswege nicht bereitfinden ließ, auf diesen Anspruch einzugehen, habe Sachsen versucht, im Rechteseine eine Entscheidung herbeizuführen. Hierzu sei es aber nicht gekommen, da die Reichsregierung unterdessen eine Verordnung über die

Erweiterung des Abgeltungsrechtes für Ansprüche gegen das Reich

erlassen habe. Die Rechtsgültigkeit der Verordnung sei vom Reichsgericht bestätigt worden. Bei dieser Sache sei nur der Generalvergleich übrig geblieben. Sachsen verzichtete schließlich auf das Heimstattsrecht, anderseits werde ihm die unentbehrliche Benutzung derjenigen Reichsgrundstücke gewährleistet, in denen jetzt die Schuhpolizei untergebracht ist. Dazu kommen noch Vereinbarungen von geringerer Bedeutung.

Bei Schluß der Redaktion dauert die Verhandlung fort

Kunst und Wissenschaft

Alberttheater

„Der Erbörfster“

Das Beste und das Kritischste ausleicht, was sich über Otto Ludwig's Trauerspiel „Der Erbörfster“ sagen läßt, hat eigentlich schon der Dichter gesagt. Er nannte den „Willem Verdi“, wie der Römer (und das Stück) ursprünglich heißen sollte, einen „füttilichen Menschen, über den die Nachsicht erst dann Gewalt erblieb, wenn sie sich als Rechtsgefühl maskiert“. Das Vater tritt zu ihm in Gestalt reiner Tugend. Er war sich darüber klar, daß die Situation zwischen dem Gutbesitzer Stein und dem Erbörfster Ulrich, die sich streiten, ob „durchgesetzter“ werden soll, nicht von Haus aus tragisch ist. Und er hat bewußt die Macht der Zügel und der Gerüchte, die aus der Situation eine Katastrophe machen, über einen Menschen, der sich vom „Übergewicht des Instinktes“ trennen läßt, aufzuziehen. Der Erbörfster glaubt „den ungewissen, unvorhersaglichen Gerüchten und läßt sich von einem Bibelspruch bestimmen, weil dieser dem aufgeweckten Tiere in ihm, der Nachsicht, entgegenkommt“. Es ist nämlich, an diese Selbstkritik Otto Ludwigs zu erinnern, wenn man einmal wieder – selten genau in der Stadt, wo der Dichter die doppelte Tornerkrone der Armut und der Krankheit trug und alle seine Meisterwerke schuf – von dem „Erbörfster“ sieht, um alte erschütternde Eindrücke, aber auch alte Zweifel wieder zu erneut. Man erlebt das selbe wie einst. Die gewollte Häufung von Zivilen und Missverständnissen überzeugt einen nicht von der Nothwendigkeit des tragischen Ausgangs, aber der physiologische Vorgang in der Seele des Erbörfsters, wie sein starker Instinkt Recht und Nachsicht vermischt, ist noch immer ein großes inneres Schauspiel. Wie der Gott der Rache aus dem Alten Testamente in die romanische Traulichkeit und Friedlichkeit vormärzlicher Thüringer Waldlebens eindringt einrichtet, – das könnte man als das unterbewußte Thema dieses Trauerspiels bezeichnen. Es liegen soviel verblümliche Möglichkeiten in der Umwelt des starkköpfigen Charakters, daß schon die ganze Verbissenheit eines Buchstabenglaubens dazu gehört, um friedliche Lösung zu vereiteln. Und etwas von dieser Verbissenheit lag im Wesen des Dichters selbst und tritt in der heigenden Dämmerung seines Dramas hervor, in die er sein Werk des Humors oder der Ironie fallen läßt. Dadurch wieder erscheint der Erbörfster so tragisch deutsch, so „rigorös“ im Sinne Kant's, daß er zum Schicksalsgefährten von Kleius Michael Kohlhaas

und Hebbels Meister Anton wird. Otto Ludwigs Trauerspiel aber mit seiner Thüringer Waldlust und seiner mitteldeutschen Menschenwelt stellen wir nach wie vor, allen Einwendungen und Widerstreben des kritischen Verstandes zum Trost, als tragisches Gegenstück neben den „Freischülern“, stellen ihn in den nicht übersättigten Ehrenschrein echter deutscher Kunst, und freuen uns jedesmal, wenn er herausgehoben und dem Volle gezeigt wird.

Die Aufführung im Alberttheater war gewiß keine Erfüllung aller Forderungen, die ein solches klassisches Werk stellt, aber im ganzen doch eine durchaus annehmbare Leistung. Freilich müßte eine Dichtung wie diese immer bis ins kleinste abgewogen und abgestimmt werden. Was man bei einem Gemälde die „Tonigkeit“ nennt, das Zusammenklingen aller Töne im beherrschenden Grundton, ist unerlässlich. Die muß aber zuerst der Spielerleiter im stärksten Grade empfinden. Nur dann würde er die „Atmosphäre“ auch mit nicht durchgängig guten Schauspielern erzielen. Hierzu erst beginnt die eigentliche künstlerische Arbeit, die sich lobt. Da dürfte nicht der jüngste Sohn des Erbörfsters mit den Händen in den Hosentaschen vor dem Vater stehen, der Buchsjäger seine komische Soloszene eines Betrunkenen mimen, der Bildhauer frei nicht zu betont norddeutsch gebildet sprechen, und hunderte solche Dinge noch. Vor allem möchte Ruhe, Gleichmaß, vorwärmliche Gemütsbildung in die Menschen kommen, nicht die nervöse Unruhe der Mutter, die überdrüsige Gerüchte des Bräutigams. Das alles muß aus einer mehr dumpfen Brutwärme des Gesetzes aufsteigen und die Lust des Dramas mit Bedeutung füllen. Freilich: das Gefühl! Wie es uns in seiner intrinsischen Stimmungskraft verloren gegangen ist, erlebt man vor solcher Aufführung eines Werkes der alten Dichtkunst. Mag das für die Zeitgenossen Schicksal sein, dieser Verlust an Innigkeit des Fühlens. – der Schauspieler muß sie aus der Dichtung entbinden können; das ist ein wesentliches Stück seiner Berufung.

Doch Albert Willi als Erbörfster dies vermochte, war der fehlende Gewinn der Vorstellung. Was bei diesem erworben, in leichter Zeit leider zu sehr zurückgedrängten Schauspieler mitunter ins Breitbeinige zu verlaufen droht, seine innere, biedere Wärme, das war hier zusammengebrochen zu einer Gefalt von deutscher Charakterart, bärbelkisch, betont männlich, bärlich nach außen, im Innern Welch gefühlvoll, leicht verlebhaft. Der Kampf zwischen Raubtuß und Welchheit führt eben zu jener Verbissenheit, in der der Verstand durch den Instinkt überwältigt wird. Das kam bei Albert Willi sehr tiefsinnig, führte ihn am Schlus am Tisch zu einer fast religiösen Verbittertheit, der doch die Kraft nicht fehlte. Man sieht dazu, im Erbörfster einen Eisenkopf, einen harten Willensmenschen, einen Prinzipientreter zu sehen. Das ist er nicht. Er ist Ge-

süßmensch, der sich an sein vermeintliches Recht klammert, um den Schein seiner Männlichkeit nicht zu verlieren. Das überzeugt gezeigt zu haben, in Wills Verdienst. Schön in der volldärtigen, fröhlichen, unterlegten Erscheinung, aber auch in der im Grunde immer gültigen, warmen Sprechweise trat dies alles schön hervor. Das war sein Prinzip, sondern ein Mensch.

In der von Joe Wedel geleiteten Aufführung troten in der angedeuteten Weise einige der Darsteller zu Hart her vor, andere blieben zu farblos. Wen den Spielerleiter den Gutsbesitzer Stein mit vornehmem Ernst, Wendt schneide mit feiner Kurzhaltung den Buchhalter Möller, Alice Wenzel hatte fröhliche Rühe für die Mutter, Anna Wilhelmine schlichte Töne für die Tochter, die Herren Gübne, Studi, Barthel, Wildberg, Jäger, Wahlberg, Rainer. Spielerleiter hätten vielfach nur des leichten Schlüssel bedurft um abgestimmte Teile eines tonigen Gemäldes zu werden. Für die Räume, die hier bereits im Sinne des „Milieu“ mißwirken, war schon viel getan. An der Hingabe an einen wirklichen Dichter kann eine Bühne nur ihre Kräfte prüfen und stählen, um sich herauszuarbeiten. F. Z.

Mitteilungen der Sächsischen Staatsoper

Opernhaus

Donnerstag, den 18. Februar, Antreihre B. zu Wagner's Todestag „Tannhäuser“ mit Taucher in der Titelpartie, Elisa Stünzner, Eugenie Burkhardt, Andrezen, Schößler

Hertisches und Sächsisches

Geheimer Forstrat Professor Dr. Bäuer t

Am Montag starb nach langem, schwerem Leiden im Alter von 70 Jahren Geheimer Forstrat Professor L. M. Dr. Dr. h. c. H. Bäuer. Er wurde am 5. September 1859 in Bremen geboren, und verbrachte seine Jugend- und Studienjahre in Dresden. Von 1879 ab studierte er an dem damaligen Polytechnikum Dresden und an den Universitäten Leipzig und München Naturwissenschaften und technische Chemie. Im Jahre 1888 legte er seine Diplomprüfung an der Chemischen Abteilung der Technischen Hochschule in Dresden ab und promovierte 1888 an der Universität Leipzig. Während seines Studiums war er drei Semester lang als Assistent am Botanischen Institut in Leipzig tätig.

Als Assistent des Dresdner Geologen Heinly wurde er 1888 auswärtiger Mitarbeiter der Königl. Sächs. Geologischen Landesuntersuchung zu Leipzig. Im Jahre 1888 habilitierte er sich in Dresden. Im Herbst des folgenden Jahres wurde Bäuer als ordentlicher Professor der Mineralogie und Geologie an die Forstakademie Tharandt berufen und erhielt gleichzeitig den Auftrag, an der Technischen Hochschule in Dresden zu lesen. Später begann Bäuer in Tharandt auch Bodenkunde vorzutragen, auf Grund dessen er kurze Zeit darauf regelmäßig Vorlesungen über Bodenkunde und Standortlehre abhielt.

Trotz seiner starken Beanspruchung durch die Lehrtätigkeit lebte Bäuer seine Forschungen eifrig fort und legte für das Tharandter Institut im Laufe der Jahre mineralogische und andere Sammlungen an, für die er aus Mangel an staatlichen Zuwendungen eigene Mittel verwandte. Von 1908 ab erschienen eine Reihe von bodenkundlichen Veröffentlichungen, die für die Forstwirtschaft Sachsen von großer Bedeutung wurden. Im Weltkriege leistete er zudem noch zwei Jahre vaterländischen Hilfsdienst an der Landeswetterwarte. Bis zum letzten Jahre veröffentlichte er zahlreiche Aufsätze und Abhandlungen über die verschiedenen Wissenschaften seines Forschungsgebietes.

Geheimer Forstrat Prof. Dr. Bäuer hat sein ganzes Leben der Wissenschaft gewidmet und sich dabei einen Ruf erworben, der in ganz Deutschland und darüber hinaus die größte Achtung genoss. Mit ihm verliert in erster Linie die Technische Hochschule mit der Tharandter Forstlichen Hochschule und über beide hinaus die gesamte wissenschaftliche Welt der Bodenkunde einen Lehrer und Forsther, der in vielen Fragen bahnbrechend gewirkt hat.

Auferkraftsetzung von Tarifverträgen

(N.) Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 21. Dezember 1929 (A.A.-Blatt VI 1 Nr. 1, 1930) sind alle bis zu diesem Tage erfolgten Allgemeinverbindlichkeiten von Tarifverträgen, soweit sie nicht schon vorher ausdrücklich aufgehoben waren, mit folgendem Zusatz versehen worden: „Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister mit dem Tarifvertrag.“ Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers werden auch künftig alle Allgemeinverbindlichkeitsklärungen mit einer ähnlichen Bestimmung versehen werden. Mit der Auferkraftsetzung des Tarifvertrages erlischt also automatisch seine Allgemeinverbindlichkeit.

Damit erlangen die gesetzlichen Bestimmungen, wonach die Vertragsparteien verpflichtet sind, dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium — Tariftelle — je vier Abschriften oder Abdrucke von Tarifverträgen einzureichen und ihr Auferkrafttreten anzugeben, in ihrer praktischen Auswirkung erhöhte Bedeutung. Die Tariftelle ist die amtliche Auskunftsstelle in allen Tariffragen, namentlich der Arbeitsgerichte, der Gewerbeaufsicht und sonstiger Behörden und Interessenten. Sie kann ihrer Aufgabe nur dann voll gerecht werden, wenn ihr alle Tarifverträge zugestellt werden und deren Auferkrafttreten auch rechtzeitig angezeigt wird.

Das Problem des deutschen Ostens

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Siebengewerk nahm nach längerer Pause die Arbeiten ihres Bildungs-politischen Kollegs am Montag wieder auf mit einem Vortrag, den der Vorsitzende des Deutschen Schubbundes, Karl Voelz, hielt. Das Thema lautete: „Die Gefährdung der deutschen Volksgrenze und ihre Festigung.“ Der Siebener gab zunächst einen Überblick über die deutsche Ostpolitik und leitete ihre Grundlage psychologisch und völkergeschichtlich ab. Dabei ging er eigene Wege, die das Problem von einer neuen Seite zu fassen suchten, und führte ferner den ganzen Ernst der Lage vor Augen. Das Wort „Völkerwanderung“, das er gebrauchte,

vor Schönhan und Kadelburg „Der Herr Senator“ fort. In den stürzigen Nollen sind beschäftigt: Alice Beymuth (Helen), Ann Will (Agathe), Bertraud Meiss (Stephanie), Iris Arlan (Sophie), Elisabeth Rose (Thekla), Harry Stadt (Mittelbach), Erich Süßne (Edgar), Paul Rainer (Dr. Schling), Albert Will (Dr. Steiner), Hans Cysler (Johanna). Antizipation: Wolf Beutheler.

* Die Komödie „Es ist der Zeitung der Komödie gelungen, das Galatée von Otto Goldbeck in „Der Kaiser von Mexiko“ nach bis einschließlich Sonntag, den 16. Februar, zu verlängern.“

* Dresdner Kammertrio mit allen Instrumenten nennt sich eine tragende Vereinigung, die es sich zur Aufgabe macht, alte Kammermusik in Originalbelebung aufzuführen. Ihr gehören an: Lotte Erben-Groll (Cembalo), Oskar Geller (Viola d'amore) und Alwin Starke (Viola da Gamba). Das erste Konzert am 24. Februar 8 Uhr im Künstlerhaus bringt Werke von J. S. Bach, Beethov., Mozart und Mendelssohn (Solistücke und Trios).

* Das Dresdner Konseratorium veranstaltet seine 49. Musikausführung im laufenden Schuljahr am Donnerstag, den 18. Februar, abends 19½ Uhr im Künstlerhaus als Dresdner Komponistenabend. Zum Vortrag gelangen: Introduction und Fuga triumphale für Orgel und Cello von Hans Höhmann. Duette von Paul Pfleider. Allegro-mädelnlieder von Otto Hollstein, Streichquartett von Albert Haas ähnlich seines Mährischen Todesages (Gefährdet 18. 2. 1910). Lieder von Roland Voigt, Paul Pfleider, Richard Grise und Terzette von Albert Kluge.

* Über Römersum, Römerismus und das Vordringen des Barbarianums zur römischen Kaiserzeit sprach am Montag in der Aula der Kreuzschule innerhalb der Vortragsreihe des Deutschen Gymnasialvereins und der mit diesem verbundenen Gesellschaft für Altertumswissenschaft der Universitätssprofessor Dr. Arthur Stein aus Prag vor einer sichtlich gesellten, zahlreichen Hörerschaft. In klarer, anschaulicher Rede und in einem zweiten Vortragsstil an der Hand zahlreicher Abbildungen von architektonischen und bildnerischen Überbleibseln aus der Zeit des römischen Imperiums legte der Vortragende dar, wie sich die drei hauptsächlichsten Strömungen politischer, geistiger und kultureller Art: römisches Nationalbewußtsein, hellenistischer Geist und Barbaricum, in den ersten vier Jahrhunderten nach Christi Geburt innerhalb des römischen Weltreiches entwickeln, durchdringen, gekreuzt und einander abgelöst haben. Die ersten römischen Kaiser (Augustus, Tiberius, Nero) haben das Reich vor allem dadurch in den Sattel gehoben und stark gemacht, daß sie speziell römischen Geist in die staatliche Verwaltung, in die Jugenderziehung, in die Rechtsprechung, in das Heereswesen usw. hineingebracht haben, daß sie bei Geschichtsschreibern, Dichtern und Künstlern den Sinn für die nationale Eigenart weckten und förderten. Später aber drang mit den aus dem griechischen Osten hereinkommenden Einwanderern und mit den orientalischen Reichtümern und

traf den Kern der Sache. Der Geburtenüberschuss der deutschen Städte und Dörfer muß ja schließlich unsere Grenzen überwinnen. Eine Ahnliefe dieser Not erwähnte der Vortragende nicht in seinen Mahnungen, sondern in der Übersetzung von Deutschen nach dem Korridor. Das dürften aber nur Bauernsöhne sein. Er erinnerte auch an die Walddeutschen. Dabei sei eine Sieberauswahl zu treffen, die sich nicht theoretisch auf das Rasseprinzip erfreuen sollte. Es kommt auf die Tüchtigkeit an. Der Pole sei anspruchlos. Wir hätten diese Anspruchlosigkeit verloren. Auch unser wirtschaftspolitischer Widerstand müßte beobachtet werden. Der Bauer dürfte nicht so besteuert werden wie die übrigen produktiven Kräfte. Wir müßten uns abwenden von der rein individualistischen Ausfuhrung und in unserer Geschichte umdenken lernen. Unter Recht auf den Boden sollte in uns lebendig werden. Das bleibe die Hauptpolitik.

* Todessall. In Tharandt verstarb am Montag nach langem, schwerem Leiden Geheimer Forstrat L. M. Dr. Dr. h. c. Heinrich Bäuer.

* Die notarielle Gründung der Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke A.G. ist am Montag gemäß dem bekannten Beschluss der Stadtvorordneten erfolgt. Sie hat ein Kapital von 70 Millionen Mark. Die Gründung der Städtischen Straßenbahn A.G. mit 18 Millionen Mark Kapital wird noch einige Zeit auf sich warten lassen.

* Ein Dresdner kommunistischer Schriftleiter verhaftet. Wie wir hören, ist in der Nacht zum Dienstag auf Etlichen des Reichsanwalts der Schriftleiter König von der Dresdner kommunistischen Zeitung wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet worden.

* Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (e. V.). Die Ortsgruppe Dresden hielt am Montag ihre Jahrestagerversammlung ab. Vorsitzender Möbius wies zunächst auf die besondere Sammlung hin, die veranstaltet wird, um am Volkstrauertag, dem 18. März, die vielen großen Sammelgräber im Ausland, die oft nur aus großen Steinhausen bestehen, schützen zu können. Sein Appell an die Geduld der Mitglieder wird nicht ungehört verhallen, wie man schon in der Versammlung feststellen konnte. Hoffentlich ziehen dem Volksbund für diesen Zweck noch recht reiche Mittel zu. Spenden werden noch bis 15. Februar entgegenommen (Poststellekonto Dresden 22 088). Aus dem Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Gesamtvorstandes im letzten Geschäftsjahr ging hervor, daß sich auch in Mitteldeutschland des Volksbundes die schwere wirtschaftliche Notlage unseres Volkes bemerkbar macht. Größere Spenden und besonders hohe freiwillige Beiträge konnten in vielen Fällen nicht mehr aufgebracht werden. Der Mitgliederbestand beträgt jetzt 1864 zahlende Mitglieder, eine fast zu beschiedene Zahl bei einem Vergleich mit Dresdens Einwohnerziffer unter Berücksichtigung der edlen Betreibungen des Bundes. Die Arbeiten der Geschäftsstelle Dresden bestanden hauptsächlich in der Vermittlung von Auskünften, Kranzniederlegungen, Beiplanaung und Beschaffung von Photographien der Gräber im Ausland. Der Rat zu Dresden hatte die Ortsgruppe im letzten Jahr durch eine Spende von 1000 Mark unterstützt. An die Zentrale in Berlin konnte die hiesige Geschäftsstelle 2000 Mark zur Fürsorge und Pflege der Kriegergräber überweisen. Auf dem Konto für den Friedhof Lüneburg in Belgien, dessen Patenschaft die Ortsgruppe Dresden übernommen hat, sind bereits 5700 Mark gut angelegt, so daß bei gegebener Zeit zur weiteren würdigen Ausgestaltung dieses Heldenfriedhofes geschritten werden kann. Nach Genehmigung des Kassenberichtes wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Der Jahresbeitrag wurde wiederum auf 20 Mark festgesetzt, für korporative Mitglieder auf 10 Mark erhöht. Die Zahlungsmäßigkeit ausscheidender sechs Vorstandsmitglieder wurden durch Zutritts einstimmig wieder gewählt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erzählte Vorstandsmitglied Schwickerode in gemütlichem Plauderton an Hand zahlreicher alter Abbildungen über Selbst erlebtes vom Weltkriege aus Ost und West. Sie führte ihre Hörer auf die Höhe der Karpaten, zeigte große Holzbaraken für die Verwundeten und entrollte Bilder über das Leben unserer Feldgrauen, der braven Schwestern, aber auch der Eingeborenen. Sie erzählte in buntem Wechsel vom Leben an der serbischen Grenze, hinter der Front von Verdun, aus Rußland und zeigte zum Schlus noch Bilder des Patentfriedhofes Lausanne.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen zwei ehemalige Angestellte des Wohnungsamtes der Stadt Dresden, denen Beklebung, Vergabe nach den §§ 311 und 322 StGB zur Last gelegt wird. Die Anklage richtet sich gegen den Vortritter Karl Päffig und den Oberverwaltungsdirektor Johannes Ritter. Sie führt auf, daß sich vorübergehend in Ost befinden. An der fraglichen Angelegenheit, mit der sich bekanntlich auch die Stadtverordneten beschäftigt haben, stand bereits im Juni vorjähriges ein Termin statt, der sich gegen den Oberstadtkreis Martin Grüger und zwei weitere Personen richtete. Ersterer wurde damals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine hiergegen eingegangene Berufung hatte das Landgericht Mitte September verworfen.

* Bestechungsprozeß gegen frühere Angeklagte des Wohnungsamtes. Am Mittwoch verhandelt das Gemeinsame Schöffenger

Die verlorene Nacht

ROMAN von WERNER SCHEFF

© Werner Scheff

Süring tat ein paar schnelle Schritte, stand nun vor Laver und bohrte seinen Blick in den feinen jungen Dieners. Höflich packte er ihn an der Brust und schüttelte ihn.

„Kerl, jetzt hab ich endlich genug von der Geheimnisfrämer! Halten Sie mich für so dummkopf, daß ich mir von Ihnen etwas vormachen lasse? Vorwärts, was hat Ihnen Doktor Dößert vorhin mitgeteilt? Wenn Sie es mir nicht sofort sagen, rufe ich im Theater an und erfahre alles.“

„Herr Süring“, stotterte der Oesterreicher, „ich soll es Ihnen nicht verraten, Herr Doktor Dößert will es Ihnen schonend beibringen.“

„Was denn?“ rief ihm Süring ins Gesicht.

„Doch... das heute abend die Vorstellung ausfällt.“

Anders wußte sich Laver nicht zu helfen. Das nannte er Schönung, dieses vorläufige Ausweichen, dem doch in Sekundenfrist die volle Wahrheit folgen mußte.

„Meinetwegen wollen diese Ekel die Vorstellung absagen?“ fragte Süring, ohne den Dienner loszulassen.

„Nein... wegen Fräulein Burger.“

On diesem Augenblick öffneten sich die Fäuste Süring's. Laver taumelte zurück, und nun schienen dem Schauspieler fürs erste die Worte zu fehlen, um eine weitere Frage zu formen. Endlich kam es ohne Klang von seinen Lippen: „Das Fräulein Burger frank?“

Eine neue Pause. Laver rang nach einem Ausdruck.

„Sie, jetzt gibt es kein längeres Versteckspielen! Ist sie frank?“ wiederholte Süring drohend.

Laver tat einen tiefen Atemzug, dann rief er, gegen Tränen kämpfend: „Herr Süring, wenn Sie es also durchaus wissen wollen, Fräulein Burger ist tot. Sie ist heute Nacht in ihrer Wohnung... ermordet worden.“

19. Kapitel

Süring bewegte sich nicht, sein Muskel seines Gesichts zuckte. Er stand in derselben vorgebeugten Haltung, in der er zuletzt zu Laver gesprochen hatte.

Es vergingen Sekunden, vielleicht eine Minute. Laver, der mit unsicheren Fingern seinen hochgeschlossenen Rock in Ordnung brachte, wagte nicht, Süring anzusehen. Er wußte, in welchen Beziehungen der Schauspieler zu dieser Kollegin gestanden hatte, ahnte auch die Gründe ihres Zerwürfnisses. Ihr höher gewalltamer Tod mußte solche Wirkung auf Süring ausgeübt haben, anders war es nicht denkbar.

Als er aber nach einer Weile einen Blick in das Antlitz seines Herrn warf, sah er, wie sich der Unterkiefer Süring's senkte, wie plötzlich ein Zittern durch seine Gestalt ging, wie er sich dann umdrehte, an den Schreibtisch trat und ihm den Rücken zuwandte.

„Sie haben mich gezwungen, es Ihnen zu sagen“, begann Laver, als müßte er sich entschuldigen, „ich kann nichts dafür, Herr Süring!“

Der Mann am Schreibtisch hob nur die Hand. Das hieß Laver für ein Augenblick, das Zimmer verlassen zu dürfen. Aber an der Tür rief ihn Süring noch einmal zurück.

„Wissen Sie nicht mehr von der Sache?“ fragte er selbst. „Herr Doktor Dößert hat mir nur soviel erzählt: Fräulein Burger ist nach eins von Ihrer Rose, die um diese Zeit nach Hause kam, tot aufgefunden worden. Man hat sie erwürgt; offenbar hat sie einer umgebracht, der bei ihr eingedrungen war.“

„Danke, Laver. Sie können gehen.“

Als Süring allein war, mußte er sich zuerst vor seinem Schreibtisch niederlassen. Dort lag er, den Kopf schwer auf die Hände gestützt, nicht förmig, seine Gedanken zu ordnen. Aber es gelang ihm, nicht zusammenzubrechen, nicht noch einmal in die Verläufung zu verlinken, aus der der Schlummer dieses Vormittags empor zum Erwachen geführt hatte. Er suchte seines Entsewens Herr zu werden, über das menschliche Mitempfinden hinwegzutreten, das sich zuerst in ihm meldete.

Mila tot! Mila Burger von einem Schicksal ereilt, wie es nur einen unter vielen Tausenden treffen konnte. Einiges Ungewöhnliches, Ungeheures war geschehen, und gerade ein Mensch war dem zum Opfer gefallen, der ihm einmal nahegestanden hatte. Mila Burger war tot, er aber lebte, und in seinem Hirn lebten Gedanken in wirrem Durcheinander. Soweit sie sich bisher noch nicht zu einer Reihe zusammengezlossen hatten, jetzt begannen sie Gestalt anzunehmen, und mit grauenhafter Logik half Süring selbst dort weiter, wo diese Entwicklung zu stocken schien.

Bis wohin kam er auf solche Weise?

Da war zuerst ein nebliger Septemberabend, grau in grau, seiner Nieselregen wie Staub, ein Wagen, gewöhnlich und erfüllt von dumpfer Lust, der ihn und die Frau forttrug bis zu einer Stelle, wo sich in ihm die erste Erinnerung an früheres meldete, so stark und drängend, daß sie ihm zu einem Stein wurde, dem er mit sich schleppen mußte durch ein erleuchtetes Porhaus, über Treppen hinaus in eine Wohnung, in der er jeden Raum, jeden Gegenstand zu kennen schien.

Angstschweiß stand ihm auf der Stirn, als er soweit in seinem Dorfchen vorgedrungen war. Diese Umgebung, das Zimmer, in dem er den Duft eines Körpers spürte, den er einstmals angebetet hatte, jede Kleinigkeit: das Ruhebett mit den bunten Kissen, den Puppen darauf, der Teetisch mit dem Geschirr unter der dicken Glasplatte, jeder Stuhl, in der Eddie ihre Vitrine mit ihrem lästigen Inhalt, schmal und eng, nur ein Bücherkranz, in dem ein paar Bände standen, die er selbst für Mila besorgt hatte, auf dem Tischchen kostbare Porzellandosen mit Konfekt, Blaubeeren, Almendebutter, drüber zwischen den Fenstern das elektrische Grammophon, gleichfalls eine Ausmerksamkeit, die er ihr erweisen hatte, alles war so wie damals und doch nicht so, denn der Anblick jedes einzelnen Dinges ließ ihn zurückrufen in eine bestimmte Stunde, in der er diese bunte Fülle haken gelernt hatte.

Wie hatte sich Mila verhalten?

Sie ließ ihn eintreten, ihre Schritte waren leichter, beschwingter, seitdem es ihr gelückt war, ihn hierher zu locken. Sie hat ihn um einen Augenblick bedacht, ließ ihn allein. Er wagte nicht, sich zu legen, stand und schaute. Und immer schwerer und wichtiger schien sich die Decke auf ihn niederzuulen, immer enger die Wände an ihn heranzurücken, daß er nahe dem Erstickniss war, angekropt mit Erinnerungen, die sich noch immer nicht zu einem Bilde zusammenzulehnen wollten. Bis Mila wieder kam, sehr grazios und vornehm gekleidet, mit einem Lächeln der Befriedigung um die Lippen, als sei niemals zwischen ihnen etwas anderes gewesen als Liebe und eine gegenseitige erotische Anziehungskraft.

Sie umschmeichelte ihn, bewies ihm in Kleinigkeiten, daß sie nichts vergessen habe. Er mußte sich so sehen, wie er früher oft gezeigt hatte, seine Zigarrenorte vor sie hin an, seinen Lieblingslöffel hielt sie vor ihn hin, alles mit einem leisen fröhlichen Lachen, als glaube sie, nun sei das Düstere verjagt und

es werde wieder so sein wie vor ihrem Betwürfnis. Er aber hörte in diesem Lachen nur ihren Triumph.

Er rührte nichts an, sah ihr durch einen Moment wie einer Fremden zu. Gleichgültig war ihm, was sie tat, gleichgültig ihre Schönheit, finitos sein Aufenthalts in diesem Raum.

Endlich tat er eine Frage. Sie wußte ihm aus. Er wußte, Mila schielte sich vor ihm hin auf die Chaiselongue, schlug ein Bein über das andere, vielleicht um ihm zu beweisen, daß sie diejenigen nicht täuschten, die behaupteten, sie habe das untaugliche Bein von allen Frauen Berlins. Er erregte sich nicht. Früher einmal hatte es anders auf ihn gewirkt. Er lag ihr kalt, wissendgütig wie ein Inquisitor ins Gesicht. Und sprach zum drittenmal.

Sie schürzte die Lippen. Es verlebte ihre Eitelkeit, daß er immer wieder davon zurückkam. „Du scheinst wirklich an nichts anderes zu denken“, sagte sie. So hatte sie tatsächlich an ihm gesprochen. Er entzückte sich jedes ihrer Worte, jeder ihrer Bewegungen. Seinem armen gequälten Hirn hatte sich das alles eingeprägt wie eine lebendige Photogruppe, die auch die Seele besaß, zu sprechen. Jetzt rollte der Film seines Gedächtnisses vor ihm ab.

Endlich begann sie zu erzählen. Sie wußte nicht, ihn dabei anzuladen. Er habe sie damals vernachlässigt. Sie sei an Paula geraten. Nach langem, festigem Drängen habe sie ihm nachgegeben und ihn an jenem Abend nach der Vorstellung zu sich geladen. Alles aus Mut über seine Süring's Nicht beachtung. War er nicht daran schuld gewesen, daß sie die Rolle in „Monsieur Grignan“ nicht erhielt? Es klang so, als leide sie daraus ein Nachspiel auf Untreue ab. Unfehligerweise hatte sie sich mit ihrer damaligen Rose geträumt, hatte das Mädchen ein paar Stunden vorher grob angefahren. Die reichte sich, ging fort, ließ die Entreetür offen, rief Süring in seiner Wohnung an, ließ ihm, was vorging. Und er kam.

Als Süring sowohl gelangt war, bis zu dieser Stelle des Geständnisses Milas, hieß es ihm nicht mehr auf seinem Platz vor dem Schreibtisch. Er fuhr auf, stand nun verzengeraubt, die Hände gegen die Schläfen gepreßt.

Weiter! Was sagte sie weiter?

Er sei plötzlich eingedrungen, gerade in einem Augenblick, in dem sie Paula gegenüber schwach wurde. O. Gregor Süring sah plötzlich dieses Bild vor sich. Sie hätte ihm kaum mehr erzählen müssen; die stählerne Tür, die ihm bis dahin geschlossen hatte, war geöffnet, wenn auch nur um ein Geringes. Mit einer einzigen Bewegung hätte er sie allein in den Angeln bewegen können, um alles zu wissen.

Sie aber beschrieb die Szene so:

Er habe sich sofort auf Paula gestürzt, nach einem sanzen Wortwechsel. Die beiden Männer rangen, bis Paula ihn zurückstoßen konnte. Süring habe ein Messer, das auf den Tisch lag, blitzschnell ergripen, um damit Paula aufzulegen. Ein böser Rott habe der Brothote darauf eine Schüssel aus dem Kübel gerissen und ihm einen wuchtigen Schlag auf den Hinterkopf verliebt, gerade als er gebückt ihn ansetzte. Süring sei zusammengebrochen...

Ja, bis hierhin hatte er sie kommen lassen. Es bedurfte keiner weiteren Berichte von ihrer Seite. Jetzt stand die stählerne Tür weit offen, ungehindert schwelte sein Blick auf Vergangenes hin. Er wußte nun, daß sie mit Paula fortgestört war, um sich ein Alibi zu sichern, während sich wahrscheinlich ihr Wächtern seiner angenommen hatte. Beharrlich lückenlos hatte sie erzählt. Und doch hatte sie das Wichtigste verschwiegen, das Grauenhafteste. Und hatte gelogen, denn besser als sie es schildern konnte, klarer und lebendiger sah er es vor sich. Hörte er auch ihre Worte. Den Ruf, durch den sie Paula zu dem Rokoko-Ort angetrieben hatte, der die beiden Überraschten von dem unliebsamen Besucher befreien sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Vorzüge von MAGGI's Würze:

Größte Würzkraft, deshalb sehr ausgiebig und im Gebrauch die billigste!

Wetternachrichten aus Deutschland

vom 11. Februar 1930 Nachdruck verboten.

Station 1 bis 5 von 7 Uhr morgens, übrige Stationen von 8 Uhr morgens

Station	Temperaturen		Windrichtung	Windstärke	Wetter	Schneefall	Gegenseite
	7 bzw. 8 Uhr morgens	höchste d. gebr. Tages					
Dresden	-5	+2	-7	NNO	2	4	-
Weimar	-4	+1	-6	W	1	4	-
Augsburg	-2	+1	-3	WSW	4	3	00
Göttingen	-7	+2	-9	WSW	1	2	1/2
Chemnitz	-6	+0	-11	SSO	1	4	2
Ansbach	-11	-1	-12	O	1	1	10
Friedberg	-5	-6	-6	SSO	2	1	39
Brocken	-6	-4	-7	N	2	8	15
Hamburg	+3	?	+1	WNW	2	8	?
Wachen	-3	+2	-4	NO	2	8	-
Stettin	+9	+5	-1	WNW	2	4	-
Danzig	+1	?	-0	WNW	4	3	?
Berlin	+1	+0	+0	NW	1	4	-
Dresden	-5	+1	-7	W	2	2	-
Frankfurt	-1	+5	-3	NO	4	1	-
München	-20	-4	-21	WSW	1	1	14

Erklärung betr. Wetter: 0 wolkig, 1 teilschl., 2 halbdurchdr., 3 wolkg., 4 bedekt, 5 Regen + Schne. 7 Granulat oder Vogel. 8 Dunkl. oder Nebel. (Sichtweite weniger als 2 Kilometer). 9 Bewöl. Temperaturen: + Wärmegrade. - Kältegrade. In den letzten 24 Stunden über das Quadratmeter.

Zustandsverteilung: Depression Nordosteuropa mit Zentrum unter 750 Millimeter Norddeutschland; neue Depression unter 740 Millimeter Grönland nördlich Islands. Hoher Druck vom Atlantik über die britischen Inseln und Mitteleuropa zum Schwarzen Meer. Kern nahezu 780 Millimeter England. Tiefer Druck unter 760 Millimeter Mittelmeergebiet.

Wetterlage

In den Witterungsverhältnissen bestehen heute zwischen Nord- und Süddeutschland große Gegensätze. Die Randströmungen der von Nord- nach Nordosteuropa gewanderten Depression berührten das nördliche und nordöstliche Deutschland. Auf der Südseite der Depression in maritimer Nordwestluft vorgedrungen, die dem Küstengebiete 3 bis 4 Grad Wärme bringt und noch in der Gegend von Magdeburg am Morgen die Temperaturen bis zum Nullpunkt hat ansteigen lassen. Sie gleitet über Sachsen über die vorgelagerte Ostküste, in der 2 bis 3 Grad Kälte gemessen werden, langsam auf. Es ist dadurch eine niedrige Wollendede entstanden. Im Gebirge ist die Frostminde rung durch die maritime Luft noch nicht allgemein, da sie bis zum Morgen noch Rütteln mit mehr als 10 Grad Kälte gehalten haben. Süddeutschland hat im Bereich hoher Druck und absinkender Luftbewegung heiteren Himmel. Durch Ausstrahlung sinken die Temperaturen bis auf 10 Grad, hellenweise bis auf 20 Grad Kälte. Die Witterungsverhältnisse werden voraussichtlich auch morgen noch uneinheitlich sein, doch dürfte sich die maritime Luft in Sachsen zunächst noch etwas mehr durchdringen.

Witterungsansichten

Weitere Witterung des Kreises. Tag: Nachland Temperaturen über Normal, nachts frost oder Schneefrost. Bedeutet bis morgens verbreitet etwas dunkel oder nebelig. Gestrichen geringe Niederschläge meist als Regen, teils als Schnee. Schwache bis mäßig Windböen vorwiegend aus weichen Richtungen.

Umfäller Winterport-Wetterdienst

der Sächsischen Landesweiterwarte Dresden in Gemeinschaft mit dem Sächsischen Verkehrsverband und dem Elberverband Sachsen

vom 11. Februar 1930

Ritter, Hochwald, Paradies: -10 Grad, heiter, windstill, 20 cm. Schneetiefe. Pulverschne. Eti und Nödel gut.

Görlitz: -10 Grad, bedeckt, windstill, 15 cm. Schneetiefe, Pulverschne. Eti und Nödel sehr gut.

Altenberg-Oberhirschsprung: -6 Grad, bedeckt, schwacher Südwestwind, 25 cm. Schneetiefe, Pulverschne. Eti und Nödel sehr gut. Zinnwald-Meurogenfelde: -10 Grad, bedeckt, schwacher Westwind, 40 cm. Schneetiefe, Pulverschne. Eti und Nödel sehr gut.

Schellerham: -8 Grad, Rebel, schwacher Südwestwind, 18 cm. Schneetiefe, Pulverschne. Eti und Nödel sehr gut.

Lippsdorf-Bärenfelde: -8 Grad, bedeckt, schwacher Südwind, 15 cm. Schneetiefe, Pulverschne. Eti und Nödel sehr gut.

Oberwiesenthal-Zallenberg: -7 Grad, bedeckt, windstill, 20 cm. Schneetiefe, Pulverschne. Eti und Nödel sehr gut.

Neubauhaus (Schwarzenberg): -15 Grad, bedeckt, schwacher Ostwind, 10 cm. Schneetiefe, vereist, Eti und Nödel sehr gut.

Freudenstein: -6 Grad, heiter, windstill, 10 cm. Schneetiefe, vereist, Eti und Nödel gut.

Börsen - und Handelsteil

Ortermangel drückt weiter auf die Stimmung

Berliner Börse vom 11. Februar

Die anhaltende Geschäftslösigkeit beeinflußte die Stimmung an der Börse auch heute wieder wesentlich. Günstige Momente traten infolge der von fast allen Seiten geübten Zurückhaltung in den Hintergrund. Auch die Spekulation, die wieder unter sich blieb, zeigte kaum Lust zu größerer Vatigung. Die Entwicklung war für Spezialitäten uneinheitlich, im allgemeinen überwogen jedoch wieder die Kursrückgänge, die sich im Rahmen von 1 bis 2 % hielten. Die heinträchtigte die Stimmung gleichfalls, so daß die weiter fortschreitende Erleichterung am Geldmarkt und die Tatsache, daß die Ultimobeanspruchung der Reichsbank auf Grund des 1. Februar-Ausweises bereits um 57 % ausgeglichen war, in den Hintergrund traten. Größeres Interesse beanspruchten wieder Dehauer Gas, die 1 % höher lagen und nach den ersten Kursen weiter 1 % gewannen. Karben, die vorbörslich mit 167 genannt wurden, lagen wieder unter Verkaufsdruck und eröffneten 0,75 % schwächer und 1,75 % unter vorbörslichem Kurs. Am Geldmarkt gab es die Sähe weiter nach. Tagesgeld 4 bis 6,5, Monatsgeld 7 bis 8,5, Warenwechsel 6 %. Der Dollar lag heute fester. Kabel Mark 4,18,35, Pfunde Kabel 4,98,22, Pfunde Mark 20,97.

Im einzelnen waren Papier- und Böllhoffswerte bis 1,25 % stärker. Holzmann konnten 1,5 % gewinnen. Interesse vergleichnet nach Svenska, Telephon Berlin, Deutscher Eisenhandel und Deutsche Erdöl. Von Elektrowerken waren Bergmann 2, AGO 0,25 und RWE 1 % stärker. Von Montanwerten gewannen Baduras 1,125 und Rheinische Braunkohlen 0,75 %. Alle übrigen Notierungen lagen unter den gestrigen Schlusskursen. Bank- und Schiffahrtsaktien 0,5 % nachgebend, Reichsbank - 2 %. Bemberg 0,25 und Afu 0,5 % schwächer. Deutsch-Atlantische 2,75 %, Montanwerte bis 1,125 % nachgebend. Von Elektrowerken verloren Chade 2 Reichsmark. Siemens wurden 0,5 % und Akkumulatoren auf die Möglichkeit einer Dividendenreduktion 1,25 % schwächer. Nach den ersten Kursen war die Stimmung wenig verändert, jedoch teilweise abrundend. Svenska gewannen noch 1 Reichsmark.

Dresdner Börse vom 11. Februar 1930

Aktien-Kurse in Reichsmark-Prozenten. Anleihen in Reichsmark für 100 M. nom. Sachwertanleihen in RM, für angegebene Einheit. † = RM, für eine Mill. PM. S = RM für 1 Milliarde RM. — = Papiermarkausgabe (ohne Gewinnzins)

Leipziger
Wissenschaft

Kurze

Chemnitzer

Kurse

